

Telefon: 233 - 92 430
Telefax: 233 - 27 290

Oberbürgermeister
Fachstelle für Demokratie -
gegen Rechtsextremismus,
Rassismus und Menschen-
feindlichkeit

Bericht der Fachstelle für Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit der Landeshauptstadt München für 2014/2015

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 03780

Bekanntgabe in der Vollversammlung des Stadtrates vom 19.11.2015 Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

Die direkt dem Oberbürgermeister unterstellte Fachstelle für Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit der Landeshauptstadt München (FgR)¹, wurde – ebenso wie andere Stellen im kommunalen Netzwerk gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit – mit dem Stadtratsbeschluss von 2008 eingerichtet.² Die Fachstelle berät den Oberbürgermeister und den Stadtrat, koordiniert das städtische Verwaltungshandeln für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Rassismus sowie weitere Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Die Stelle sorgt für die Vernetzung von Zivilgesellschaft und Verwaltung und vertritt die Stadt bei diesen Themen nach Außen.

Dabei geht es sowohl um die Koordinierung verschiedener Akteure bei konkreten Anlässen (z. B. bei rechtsextremen Versammlungen oder einer rechtsextremen Wurfsendung), als auch um die Arbeit für die Nachhaltigkeit demokratischer Werte in der Münchner Stadtgesellschaft. Hauptaufgabe der Fachstelle ist es, sämtliche demokratischen Kräfte in München, die sich bereits gegen demokratiefeindliche Tendenzen engagieren, zu bündeln, weiter zu vernetzen und zu stärken. Eine demokratische Stadtgesellschaft stellt langfristig den besten Schutz gegen Rechtsextremismus, Rassismus sowie verschiedene weitere Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit dar. Die Kommune – ihre Handlungsbereitschaft, -strategie und ihr Selbstverständnis – spielt eine zentrale Rolle um rechtsextremen und rassistischen Einstellungs- und Verhaltensmustern wirkungsvoll entgegenzutreten.

1. AKTUELLE ENTWICKLUNGEN IM BEREICH RECHTSEXTREMISMUS, RECHTS-POPULISMUS UND GRUPPENBEZOGENE MENSCHENFEINDLICHKEIT

1.1. Rassismus / Hetze gegen Flüchtlinge – BIA und PEGIDA

Als im Sommer 2014 die Zahl der Flüchtlinge in der Bayernkaserne kurzfristig auf über 2.000 Menschen anstieg, versuchte die NPD-Tarnliste Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA) mit zahlreichen Versammlungen vor Ort Stimmung gegen Flüchtlinge zu machen,

¹ Bis zum 24.06.2015 trug die Fachstelle die Bezeichnung Fachstelle gegen Rechtsextremismus/AMIGRA

² Siehe hierzu den Beschluss unter http://www.ris-muenchen.de/RII/RII/ris_vorlagen_kurzinfo.jsp?risid=2640654

sich als „Kümmerer“ zu gerieren und dies für eigene Zwecke auszunutzen. Allerdings hatte diese Strategie keinen Erfolg. Dazu beigetragen haben die BA-Beauftragten gegen Rechtsextremismus des BA 12 und BA 11, die Fachinformationsstelle gegen Rechtsextremismus München (firm) und München ist bunt e. V., die vor Ort Infolyer verteilen oder eine Versammlung zur Unterstützung der Flüchtlinge abhielten. Auch die Landeshauptstadt verteilte im September in der Nachbarschaft Flyer zum Thema 'Bayernkaserne und Flüchtlinge', so dass die Bevölkerung vor Ort die rechtsextreme Agitation als Hetze entlarven konnte und sich weiterhin auf die Seite der Flüchtlinge stellte.

Ende 2014 wurde der Versuch unternommen im Fahrwasser von PEGIDA und den montäglichen Demonstrationen in Dresden auch in München wöchentlich zu mobilisieren. Nachdem es zuerst mit Mügida und Bagida zwei Lager gab, erhielt nur Bagida die offizielle Unterstützung durch PEGIDA. Die erste Versammlung hielt Bagida Mitte Januar 2015 ab. Die Teilnehmerzahl von ca. 1.500 hat sich seither drastisch verringert und lag im Mai 2015 zwischen 100 – 200, dennoch finden die Versammlungen weiterhin regelmäßig montags statt. Bis Oktober 2015 stieg die Teilnehmerzahl jedoch wieder auf bis zu 250 an.

Gerade in der Anfangszeit kam es zu einer starken Mobilisierung zur Teilnahme auch im rechtsextremen Lager, z. B. durch die BIA oder „Die Rechte“. Und auch aktuell finden sich unter den Teilnehmern rechtsextreme Kader. Inhaltlich konzentrieren sich die Kundgebungen auf die Hetze gegen Muslime und Flüchtlinge, auf Verschwörungstheorien oder beispielsweise auf die Forderung nach Abschaffung der GEZ-Gebühren. In der Anfangszeit wurde Bagida noch stark von Michael Stürzenberger und Die Freiheit unterstützt, mittlerweile kam es aber zum Bruch und auch zur Umbenennung von Bagida in PEGIDA München.

Bei den ersten Versammlungen gab es eine riesige Gegenbewegung. Bei 2 Gegendemonstrationen am Sendlinger Tor mit 18.000 bzw. 12.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern setzte die Stadtgesellschaft ein klares Zeichen für Toleranz und ein friedliches Miteinander. Oder wie es Oberbürgermeister Reiter bei seiner Rede am 12.1.2015 am Sendlinger Tor formulierte: „Wir stehen auf, gegen jede Form von Rassismus, Antisemitismus und rechter Gewalt.“ Dies machte deutlich, dass die Rufe der PEGIDA-Anhänger, das Volk zu sein, mit der Realität in München nichts zu tun haben.

Die Landeshauptstadt München hat sich von Beginn an deutlich positioniert. Versuche von PEGIDA München, Oberbürgermeister Reiter verbieten zu lassen, zur Teilnahme an einer Gegendemonstration aufzurufen, blieben erfolglos, weil das VG München den Erlass einer einstweiligen Anordnung gegen den Oberbürgermeister ablehnte.

1.2. Antisemitismus – Partei „Die Rechte“

Gerade der sekundäre Antisemitismus findet in Deutschland großen Zuspruch in der Bevölkerung. So kritisieren nach der Studie „Fragile Mitte – Feindselige Zustände“ knapp über 50 % der Befragten, dass den Deutschen immer noch „die Verbrechen an den Juden vorgehalten werden“.³ Europaweit gab es 2014 rund 40 Prozent mehr Gewalttaten gegenüber Juden als 2013.

„Man kann sich nicht sicher fühlen. Wo Synagogen wieder angegriffen werden, wo aufgerufen wird, Juden zu ermorden und ihre Gotteshäuser abzubrennen, wo der Ho-

3 Siehe dazu Andreas Zick/Anna Klein in: Studie „Fragile Mitte – Feindselige Zustände, Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014, dort Seite 66 ff.

locaust relativiert oder gar glorifiziert wird, offenbart sich blanker Hass, der vor nichts zurückschreckt.“ - so Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern.⁴

So gab und gibt es auch in München immer wieder antisemitische Vorfälle. 2014 vor allem im Zusammenhang mit dem Gazakonflikt. Ende Juni 2015 wurden bei einer Ausstellung, vor dem Jüdischen Gemeindezentrum auf dem Sankt-Jakobs-Platz in München, Bilder geschändet und mit Hitler-Bärten versehen. Aktuell gab es auch antisemitische Schmierereien am Haus der Kunst.

Die neonazistische und offen antisemitisch auftretende Partei „Die Rechte“ hat 2014 einen Kreisverband in München gegründet. Ursprünglich wurde „Die Rechte“ in Nordrhein-Westfalen etabliert, um als Sammelbecken für DVU/NPD-Anhänger und als Auffangbecken für in Nordrhein-Westfalen verbotene Kameradschaften zu fungieren. In München wird „Die Rechte“ maßgeblich von Philipp Hasselbach betrieben, einem langjährigen Neonazikader der bis Anfang Februar 2014 eine dreieinhalbjährige Gefängnisstrafe u. a. wegen schwerer Körperverletzung, Beleidigung, Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung absaß. Hasselbach gründete den Kreisverband von „Die Rechte“ München zusammen mit anderen am 20. April 2014, dem 125sten Geburtstag von Adolf Hitler. Von Anfang an kam es auch zum Schulterchluss mit der BIA unter Stadtrat Karl Richter, der bei der Gründungsversammlung anwesend war.

Nachdem monatelang keinerlei Aktivitäten feststellbar waren, versucht „Die Rechte“ seit Anfang 2015 verstärkt durch Provokationen aufzufallen. Vor allem über das Facebook Profil von „Die Rechte“ wird antisemitische Hetze betrieben.

Anfang März 2015 gab es eine kleinere Verteilaktion von Aufklebern an mehreren Münchner Schulen. Daraufhin schrieb Oberbürgermeister Reiter an alle Schulleiterinnen und Schulleiter der Münchner Schulen einen Brief um über „Die Rechte“ und deren Verteilaktion aufzuklären. Am 30. April führte „Die Rechte“ eine Versammlung gegen das NS-Dokuzentrum unter dem Titel „Gegen antideutschen Schuldskult – Weg mit dem NS-Dokumentationszentrum!“ durch. Die Landeshauptstadt München hatte noch versucht mit Rücksicht auf die Opfer des Nationalsozialismus die Versammlung zu untersagen, war damit allerdings vor dem Verwaltungsgerichtshof gescheitert. Die Unterstützung für „Die Rechte“ hält sich bisher in München sehr in Grenzen, man geht von einem Kreis von Personen im niedrigen, zweistelligen Bereich aus.⁵

1.3. Islamfeindlichkeit – Bürgerbegehren für unzulässig erklärt

Die kommunalpolitische Hauptaktivität der rechtspopulistischen Kleinstpartei „Die Freiheit“, Landesverband Bayern, bestand seit Oktober 2011 in der Organisation von fast 300 Informationsständen und Versammlungen zur Sammlung von Unterschriften gegen das Münchner Forum für Islam (vormals: ZIE-M). Diese Unterschriftensammlung wandte sich – ähnlich wie das Schweizer Vorbild – gegen religiöse Bauten in München und tangierte somit die im Grundgesetz verbrieft Religionsfreiheit. Bundes- und Landesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“ ist Michael Stürzenberger, der gleichzeitig einer der aktivsten Autoren auf dem islamfeindlichen Internet-blog Politically Incorrect ist.

Nach fast 3 Jahren reichte „Die Freiheit“ im September 2014 die Unterschriftensammlung bei der Landeshauptstadt München ein. Am 01.10.2014 erklärte der Stadtrat das Bürgerbegehren für unzulässig, unter anderem weil aufgrund falscher Tatsa-

⁴ Interview in: Die Zeit, 29. Juli 2014

⁵ Weitere Informationen zu „Die Rechte“ finden Sie in einem Flyer, den die Fachinformationsstelle gegen Rechtsextremismus München (firm) herausgegeben hat (siehe hierzu unter <http://089-gegen-rechts.de/uploads/media/die-rechte.pdf>).

chenbehauptungen in der Begründung die Bürgerinnen und Bürger getäuscht worden waren. Gleichzeitig verabschiedeten die Demokraten im Münchner Stadtrat eine Resolution, die rechtsextremen oder islamfeindlich-extremistischen Bestrebungen in der Landeshauptstadt München eine klare Absage erteilte.⁶

Im März 2015 obsiegte die LHM vor dem Verwaltungsgericht München vollumfänglich im Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes. Das Gericht bestätigte, dass die Begründung zum Bürgerbegehren falsche Tatsachen enthielt und somit eine sachgerechte Entscheidung für die Bürgerinnen und Bürger nicht möglich war.⁷

1.4. Homosexuellenfeindlichkeit und Heterosexismus – zivilgesellschaftliche Gegenaktivitäten gegen „Demo für Alle“

Im Kommunalwahlkampf 2014 versuchte die BIA vor allem dadurch aufzufallen, dass auf Wahlplakaten gegen gleichgeschlechtliche Lebensweisen gehetzt wurde. Dies fruchtete nicht: Zwar zog die BIA wieder mit einem Sitz in den Stadtrat ein, der Stimmenanteil halbierte sich aber verglichen mit 2008 (0,7 % statt 1,4 %).

Unter dem Titel „Demo für Alle - gegen Frühsexualisierung an Schulen und Kindergärten, gegen Pädophilie, gegen Gender Mainstreaming, gegen Heterophobie, gegen Zerstörung der traditionellen Familie“ hatte die „Interessengemeinschaft: Besorgte Eltern Bayern“ im Mai 2014 eine sich fortbewegende Versammlung in München angemeldet. Neben der AUF-Partei (Arbeit, Umwelt, Familie – Christen für Deutschland, Spitzenkandidatin bei der Europawahl: Christa Meves) gehörte auch die BIA dem hinter der Versammlung stehenden Aktionsbündnis an. Auch andere rechtsextreme Organisationen wie die Partei „Die Rechte“ (Kreisverband München) riefen zur Teilnahme an der Demonstration auf.

Bei derartigen Mobilisierungen handelt es sich um kein Münchner Phänomen: Unter dem Label „Demo für Alle“ machte die Initiative „Besorgte Eltern“ bereits gegen den Bildungsplan der Landesregierung in Baden-Württemberg mobil, der sexuelle Orientierung, sexuelle Vielfalt und Gender fächerübergreifend auf den Unterrichtsplan setzt.

Als Reaktion auf die Aktivitäten der „besorgten Eltern“ in München, organisierte der Verein „München ist bunt“ unter dem Motto „Vielfalt statt Einfalt“ eine Gegendemonstration für den 10. Mai 2014. Eine große Anzahl an demokratischen Parteien, Vereinen, Religionsgemeinschaften und Gewerkschaften schloss sich dem Aufruf zur Gegendemonstration an. Auch Oberbürgermeister Reiter begrüßte es öffentlich, dass die Münchnerinnen und Münchner für ein weltoffenes und buntes München demonstrieren, in dem Homosexuellenfeindlichkeit, Frauenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus keinen Platz haben.

Diese starke Gegenbewegung sorgte letztlich dafür, dass die Versammlung der „besorgten Eltern“ abgesagt wurde. Bisherige Versuche, eine neue Demonstration unter dem Label „Demo für Alle“ in München durchzuführen, schlugen fehl.

1.5. Feindseligkeit gegen und Abwertung von sozial Schwachen

Bereits 2013 stellte das Institut für Soziologie der Ludwig-Maximilians-Universität fest, dass es auch in München gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gegen sozial Schwächere wie Obdachlose oder Langzeitarbeitslose in nicht unerheblichem Aus-

⁶ siehe dazu die Resolution unter <http://www.ris-muenchen.de/RII/RII/DOK/SITZUNGSVORLAGE/3438569.pdf>

⁷ siehe zur Urteilsbegründung des VG München die Presseerklärung der LHM vom 11.03.2015, abrufbar unter <http://www.muenchen.de/rathaus/Stadinfos/Presse-Service/2015/Verwaltungsgericht-best-tigt--B-rgerbegehren-gegen-ZIE-M-unzul-ssig.html>

maß gibt.⁸ Hintergrund für diese Form der Abwertung ist eine komplette Überhöhung des Leistungsprinzips und damit einhergehend eine Abwertung jener Gruppen, denen mangelnde Leistungsbereitschaft unterstellt wird.

Feindseligkeit gegenüber Langzeitarbeitslosen kommt u. a. dadurch zum Ausdruck, dass man unterstellt, dass sie sich vor der Arbeit drücken oder auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen. Obdachlose werden als „generell arbeitsscheu“ angesehen und es gibt kein Verständnis dafür, dass „stilles Betteln“ auch in Fußgängerzonen grundsätzlich erlaubt ist, wie die Gerichte in zahlreichen Entscheidungen festgestellt haben. Dies kulminiert in menschenfeindlichen Vorschlägen von Rechtspopulisten, sozial Schwachen das Wahlrecht in Deutschland abzuerkennen.

1.6. Djihadistischer Salafismus – Aufruf zum bewaffneten Kampf

Aufgrund der Parallelen im Bereich des Menschenbildes von Rechtsextremen und extremistischen Islamisten, befasst sich das städtische Netzwerk gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auch mit diesem Thema. Im Kern gemeinsam ist Rechtsextremismus und djihadistischem Salafismus ein binäres Menschenbild: Richtige „Volkszugehörigkeit“ / richtiger „Glaube“ vs. minderwertig. Der Abwertungsmechanismus ist in beiden Fällen ähnlich: Menschen werden auf ein Merkmal festgelegt, in Gruppen eingeteilt und diese Gruppen (und damit auch die einzelnen Menschen) werden als höher- oder minderwertig eingestuft.

Die Anwerbung junger Menschen für die Terrormiliz "Islamischer Staat" und deren Ausreise in die Kampfgebiete in Syrien betrifft auch junge Frauen und Männer aus München. Ende Juni 2015 zeigten Recherchen von WDR, NDR und SZ, mit welchen Methoden der IS in Deutschland Frauen (eine davon auch aus München) rekrutiert.

Das kommunale Netzwerk hat bereits Anfang 2015 auf diese Entwicklung reagiert und verschiedene Maßnahmen ergriffen. So wurden in fünf Fortbildungsveranstaltungen mit bundesweit anerkannten Experten u. Expertinnen über 500 Multiplikatoren und Multiplikatorinnen geschult (siehe Seite 8). Diese Fortbildungen sollen künftig weiter ausgebaut und in Zusammenarbeit mit bayernweiten Trägern intensiviert werden. Da die Organisation UFUQ – Portal für Pädagogik zwischen Islam, Islamfeindlichkeit und Islamismus künftig eine durch das Bayerische Sozialministerium finanzierte Präventiv-Beratungsstelle in Augsburg betreiben wird, hat das kommunale Netzwerk hier bereits Kontakte geknüpft. Eine vertiefte Zusammenarbeit wird angestrebt. Zudem bietet das Stadtjugendamt ein Clearing an und informiert ggf. über weitere, spezifische Beratungsmöglichkeiten.

2. ARBEITSSCHWERPUNKTE DER FACHSTELLE IN 2014/2015

2.1. Flüchtlinge – Willkommenskultur statt Hassparolen

Das Thema Flüchtlinge spielte auch in der Arbeit der Fachstelle in den Jahren 2014 und 2015 eine zentrale Rolle. Bereits Anfang 2014 wurde vor der Kommunalwahl gemeinsam mit mehreren Beauftragten gegen Rechtsextremismus das Grundgerüst eines Flyers entwickelt. Ziel war es, für die Beauftragten bzw. den Bezirksausschuss vor Ort einen Text vorzubereiten, der schnell und gezielt auf die Situation vor Ort an-

⁸ Siehe hierzu den Ergebnisbericht der Studie, abrufbar unter http://www.ls4.sozioologie.uni-muenchen.de/forschung/gmf/bericht_gmf_18_10_2013.pdf

gepasst werden kann und der sich direkt an die Bürgerinnen und Bürger richtet, erklärt, woher die Flüchtlinge stammen und warum diesen generell mit Respekt begegnet werden sollte.

Mittlerweile wurde der Flyer von mehreren Bezirksausschüssen genutzt und in einer angepassten Form vor Ort an die Bürgerinnen und Bürger verteilt, um dafür zu werben, die Flüchtlinge willkommen zu heißen und keinen rechtsextremen Parolen auf den Leim zu gehen.

Am 18.09.2014 fand unter der Leitung der Fachstelle im Rathaus ein Runder Tisch zum Thema Flüchtlinge statt. Neben den BA-Beauftragten gegen Rechtsextremismus nahmen unter anderem das Amt für Wohnen und Migration, Regsam sowie der Münchner und der Bayerische Flüchtlingsrat teil. Zentrale Themen waren:

- Ehrenamtliches Engagement,
- Willkommenskultur vor Ort,
- Einbindung von Flüchtlingen und Flüchtlingsorganisationen,
- Präventive Gespräche mit Bürgern um Ängste und Gerüchte zu entkräften.

Klar ist, dass nur durch ein Maßnahmenbündel verhindert werden kann, dass das Thema Flüchtlinge von der extremen Rechten instrumentalisiert wird und es bei einem friedlichen und toleranten Miteinander in den Stadtbezirken bleibt. In der Folgezeit wurden viele notwendige Maßnahmen eingeleitet (z. B. einheitliche Website zum Thema unter www.muenchen.de/fluechtlinge, Flyeraktion des Bündnis für Toleranz zu „Flüchtlinge willkommen heißen“, siehe unten). Die LHM hat sich mittlerweile sehr positiv bei diesem Thema profiliert.

2.2. Initiative Kunst und Kultur für Respekt – Ja zu Demokratie, Vielfalt und Respekt

Über 50 Münchner Theater, Orchester, Museen, Bildungseinrichtungen sowie Künstlerinnen und Künstler haben sich in der Initiative „Kunst und Kultur für Respekt“ zusammengeschlossen, um gemeinsam gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus aufzutreten. In Zusammenarbeit mit der Fachstelle machten die beteiligten Einrichtungen bei mehr als 100 Veranstaltungen (z. B. Podiumsdiskussionen, Theateraufführungen, Lesungen) seit 15. Januar 2014 darauf aufmerksam, wie sich rechtsgerichtete Propaganda in jüngster Zeit gewandelt hat und wo und wie sich Rassismen heute zeigen. Die Beteiligten signalisieren damit klar, dass sie für ein demokratisches, weltoffenes und multikulturelles München stehen, in dem respektvoll miteinander umgegangen wird.

Zwischen September 2014 und Januar 2015 fand unter dem Dach von „Kunst und Kultur für Respekt“ die Veranstaltungsreihe „Eine Stadt schaut hin!“ mit einer Vielzahl an Veranstaltungen zu den NSU-Morden statt, beispielsweise die Premiere des Theaterstücks „Das schweigende Mädchen“ von Elfriede Jelinek oder die Autorenlesung des Buches „Geheimsache NSU“ von Andreas Förster, Thomas Moser und Rainer Nübel.

Weitergehende Informationen und die aktuellen Veranstaltungstermine finden sich unter www.kunstkulturrepekt.de

2.3. Veranstaltungsreihe: „Neue Dimensionen des Rechtsextremismus“

Die gemeinsame Veranstaltungsreihe der Fachstelle, der Offenen Akademie der Münchner Volkshochschule, der Evangelischen Stadtakademie und des Bayernforum analysiert seit September 2012 die neuen Dimensionen des Rechtsextremismus und

lässt auch diejenigen zu Wort kommen, die sich engagieren. 2014 gab es unter anderem Veranstaltungen zu folgenden Themen:

- Nächster Ausstieg rechts? Erkundungen in der Mitte der Gesellschaft (11.03.2014)
- Vor der Wahl: Rechtspopulismus in Europa? (06.05.2014)
- Beispielloses Behördenversagen: Was folgt aus dem NSU-Untersuchungsausschuss für Polizei, Verfassungsschutz und Justiz? (27.10.2014)

In der nächsten Zeit ist unter anderem geplant, eine Veranstaltung zum Thema „Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft“ durchzuführen.

2.4. Fachvorträge zum Thema Rechtsextremismus und Rechtspopulismus

Als Vertretung der Landeshauptstadt München hat die Fachstelle bei zahlreichen Veranstaltungen auf Bundes- und Landesebene und in der Münchner Stadtgesellschaft über Rechtsextremismus, Rassismus sowie bestimmte Formen der Menschenfeindlichkeit in München und die Gegenstrategien des kommunalen Netzwerkes informiert.

Beispielhaft zu nennen sind Informationsveranstaltungen in Bezirksausschüssen, Vorträge bei Veranstaltungen der Bundeszentrale für politische Bildung, der Evangelischen Akademie in Tutzing, die Teilnahme an Fachgesprächen der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin und die Podiumsdiskussion im Bayerischen Landtag nach der Ausstrahlung des Films „Elser – Er hätte die Welt verändert“ im Rahmen der Reihe „Kino im Landtag“.

2.5. Internationale Wochen gegen Rassismus in München 2015

Die Fachstelle hat die Programmkoordination für die Veranstaltungen anlässlich der Internationalen Wochen gegen Rassismus inne.

Das Programm zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus war 2015 so umfangreich wie noch nie: Mit ca. 30 Veranstaltungen war es eines der Größten in ganz Deutschland. Es umfasste die Auseinandersetzung mit aktuellen Feindbildern ebenso wie mit tief und bereits sehr lange in unserer Gesellschaft bestehenden Vorurteilen. Es thematisierte alltäglichen Rassismus ebenso wie institutionelle Rassismen. Von der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Thema Rassismus bis zu den vorurteilsbeladenen Bildern im eigenen Kopf. Von Rassismus als Mechanismus allgemeiner Diskriminierung bis hin zu spezifischen Varianten wie Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Antiziganismus. Von Denen, die öffentlich hetzen, bis zu den anonymisierten Mechanismen des institutionellen Rassismus. Und bis hin zur heute vielleicht wichtigsten Frage: Was tun?

Mit diesem umfangreichen Programm wurde verdeutlicht, dass die Arbeit gegen Rassismus elementar ist für das gute Zusammenleben in unserer Stadtgesellschaft, die so bunt ist wie kaum eine andere in Deutschland: Hier leben Menschen aus 180 Nationen, 36 Prozent der Münchnerinnen und Münchner haben Migrationshintergrund unter den 6 – bis 17-jährigen sind es sogar 55 Prozent.

2.6. Fortbildungsveranstaltungen über djihadistischen Salafismus und Antisemitismus

Die Fachstelle hat in den letzten Monaten mit dem Netzwerk demokratische Bildung, der Fachinformationsstelle gegen Rechtsextremismus, dem KJR-M und dem Stadtjugendamt mehrere Veranstaltungen zum Thema durchgeführt. Die

Fortbildungen richteten sich unter anderem an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren bzw. Pädagoginnen und Pädagogen. Beispielsweise handelte es sich um folgende Veranstaltungen:

- Virtuell geschürt, real gelebt? (29.01.2015)
Die Referentin Christiane Schneider, Leiterin des Bereichs politischer Extremismus bei jugendschutz.net, berichtete für Fachkräfte der schulischen und außer-schulischen Bildungsarbeit über rechtsextremen und islamistischen Hass im Internet und mögliche Gegenstrategien.
- Fachtag „Salafismus“ (16.03.2015)
Experten von Ufuq machten in einem präventiv angelegtem Workshop Pädagoginnen und Pädagogen fit, um muslimische Jugendlichen zu erreichen, die sich dem Salafismus aufgrund vielfältiger Ausgrenzungserfahrungen in der deutschen Gesellschaft zuwenden.
- Veranstaltung „Salafismus und Djihadismus“ (13.05.2015)
Informationsveranstaltung für Multiplikatorinnen bzw. Multiplikatoren und Sozialpädagoginnen bzw. Sozialpädagogen mit der Islamwissenschaftlerin Claudia Danschke, Zentrum Demokratische Kultur - Beratungsstelle Hayat, Berlin und Marcus Buschmüller (firm) über die rasant wachsende salafistische Szene in Deutschland, ihre Anziehungskraft, Rekrutierung und Akteure. Was macht die salafistische Deutungsmuster so attraktiv für manche Jugendliche in Deutschland? Und wie gefährlich ist das militante Milieu, die sogenannten Dschihadisten?
- Fachgespräche zum Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft (22./23.06.15)
Fortbildung unter anderem für Lehrkräfte zu Konzepten für die pädagogische Auseinandersetzung mit Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft.

2.7. Kampagne „München ist bunt! – auch in Gaststätten und Hotels“

Im Nachgang zu einer Informationsveranstaltung für Wirte, initiiert durch die Beauftragten gegen Rechtsextremismus im Bezirksausschuss Neuhausen-Nymphenburg, entstand die Idee einer engeren Kooperation mit der Kreisstelle München des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes DEHOGA Bayern. Private Gaststättenbetreiber sind unter den Gewerbetreibenden wohl am häufigsten mit rechtsextremen Anmietungsversuchen konfrontiert, sei es für eine einmalige Veranstaltung oder für einen regelmäßigen Stammtisch. Bedauerlicherweise gab es auch in München 2014 und 2015 wieder eine Reihe von Fällen, in denen Gaststättenbetreiber ihre Räumlichkeiten an extrem rechte Gruppierungen überließen – zumeist aus Unkenntnis, um wen es sich handelt, und aus Unsicherheit angesichts der eigenen juristischen Möglichkeiten.

Die FgR und die DEHOGA initiierten daher gemeinsam eine bundesweit einmalige Kampagne, indem sie alle knapp 7.000 Münchner Wirtinnen und Wirte über Unterstützungsangebote und Präventionsmöglichkeiten informierten.

Neben einem Brief des Oberbürgermeisters und der Kreisstelle München des DEHOGA Bayern erhielten alle Wirtinnen und Wirte auch je zwei Aufkleber mit dem Slogan „München ist bunt!... auch in Gaststätten und Hotels“. Mit dem Anbringen der Aufkleber setzen Wirtinnen und Wirte ein positives Signal für eine bunte und tolerante Stadtgesellschaft und sagen „Nein“ zu jeder Art von Intoleranz und Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit.

2.8. Neuauflage der Flyerserie „Das wird man doch noch fragen dürfen...“

In der Neuauflage der Flyerserie werden Argumente gegen klassische rechtsextreme und rechtspopulistische Parolen geliefert. In der Neuauflage geht es um die Parolen: „Droht uns eine Flüchtlingsflut? Passen Muslime nicht hierher? Belasten Ausländer die Sozialkassen? Nehmen Ausländer uns die Arbeit weg?“

Wie alle anderen Informationsmaterialien zum Thema finden sich die Aufkleber und Flyer zum Download unter <http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtpolitik/Fachstelle-fuer-Demokratie.html>

2.9. Kooperation mit dem Münchner Bündnis für Toleranz, Demokratie und Rechtsstaat

Das Münchner Bündnis für Toleranz, Demokratie und Rechtsstaat besteht seit 1998. Es ist ein breiter Zusammenschluss der Münchner Zivilgesellschaft bestehend u. a. aus dem Oberbürgermeister Dieter Reiter, den Religionsgemeinschaften, den Gewerkschaften, den Jugendverbänden, den Universitäten, Wohlfahrtsverbänden und Sportvereinen. Das Bündnis hat sich in den letzten Jahren immer wieder für Demokratie und Toleranz und gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus eingesetzt.

Ende September 2014 verabschiedete das Bündnis eine Resolution mit dem Titel „München heißt Flüchtlinge willkommen“ (<http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtpolitik/Buendnis-fuer-Toleranz.html>). Diese Resolution wurde auch auf Postkarten flächendeckend in der Landeshauptstadt verteilt. Mittlerweile haben sich 15 Bezirksausschüsse der Landeshauptstadt München ausdrücklich dieser Resolution angeschlossen.

Bereits im Mai 2012 hatte das Bündnis den „Münchner Appell gegen Rechtspopulismus“ initiiert, dem sich zahlreiche Organisationen anschlossen. Deshalb beteiligte sich das Bündnis auch an Gegenkundgebungen zu BAGIDA und PEGIDA-Aufmärschen in 2015.

2.10. Weiterentwicklung des Münchner Netzwerk gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit

Das kommunale Netzwerk gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit dient der

- Erfassung von Vorkommnissen; Information über Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in München
- Beratung von Betroffenen rechtsextremer und rassistischer Gewalt und Diskriminierung
- pädagogische Vermittlung von Themen
- Beratung und Hilfestellung für Bürger/innen, Einrichtungen und andere Kommunen

Eine wesentliche Stütze des Netzwerkes sind neben Fachstellen aus der Verwaltung vor allem zivilgesellschaftliche Initiativen, Vereine und Bündnisse. Sie alle eint das Ziel für Demokratie, Toleranz, Respekt und gegen Ausgrenzung, Hass einzustehen. In den letzten beiden Jahren konnte das Netzwerk weiter ausgebaut werden.

2.10.1 Finanzierung einer Opferberatungsstelle und einer Antidiskriminierungsstelle bei dem freien Träger BEFORE e. V. durch die Landeshauptstadt München

Menschen werden auch in München aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer Religion (insbes. islamfeindliche / antisemitische Übergriffe) oder aufgrund ihrer Nationalität zu Opfern rechtsextremer oder rassistischer Gewalt und Diskriminierung. Eine weitere Opfergruppe sind in München politisch engagierte Menschen jeden Alters, die von Rechtsextremisten und islamfeindlichen Extremisten als politische Gegner betrachtet werden. Eine dezidierte Anlaufstelle für diese Betroffenen gab es bisher in München – anders als in vielen Bundesländern - nicht.

Der Stadtrat hat am 19.03.2014 die Finanzierung einer Opferberatungsstelle für Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt durch Zuschuss an einen Freien Träger beschlossen. Mit der Einrichtung der Beratungsstelle geht München einen mutigen Schritt, da in der Regel erst durch die Schaffung entsprechender Beratungsangebote das Ausmaß des Problems offengelegt wird. Mittlerweile hat sich ein „Verein zur Unterstützung Betroffener rechtsextremer und rassistischer Gewalt und Diskriminierung“ (BEFORE e. V.) gegründet, dem am 24.06.2015 von Stadtrat der Zuschlag zur Einrichtung dieser Beratungsstelle erteilt wurde.

Am 24.06.2015 hat der Stadtrat zudem entschieden, dass die Antidiskriminierungsberatung für Menschen mit Migrationshintergrund in einen Zuschuss umgewandelt wird und dieser ebenfalls an den Verein BEFORE e. V. vergeben wird. Beide Beratungsprojekte sind wichtige ergänzende Bausteine innerhalb des kommunalen Netzwerks gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit.

2.10.2 Neue Ausrichtung der Fachstelle: Für Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit

Am 24.06.2015 hat der Stadtrat auch die Umbenennung der Fachstelle in „Fachstelle für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit“ beschlossen. Dies war notwendig, um dem seit der Gründung der Stelle und aufgrund der Zusammenlegung mit AMIGRA erheblich erweiterten Aufgabengebiet Rechnung zu tragen und der Tatsache gerecht zu werden, dass die Fachstelle verantwortlich ist für die Koordinierung der kommunalen Handlungsstrategie „München für Demokratie, Toleranz, Respekt – Die Münchner Handlungsstrategie gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“. Durch den neuen Titel wird die Verantwortung der Fachstelle für sämtliche dieser Themenbereich deutlich auch nach außen zum Ausdruck gebracht.

2.10.3 Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit durch Stadtrat verabschiedet

Das Münchner Netzwerk gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit umfasst mittlerweile eine bundesweit auf kommunaler Ebene einzigartige Palette an einzelnen Maßnahmen und Fachstellen in Verwaltung und Zivilgesellschaft. Dennoch mangelte es bisher an einem umfassenden Handlungskonzept, um Maßnahmen noch stärker bündeln, Fehlstellen erkennen und eine Verstärkung zivilgesellschaftlichen Engagements sichern zu können. Die Fachstelle hat deshalb in Abstimmung mit allen relevanten zivilgesellschaftlichen und verwaltungsinternen Stellen das Münchner Handlungskonzept gegen Rechtsextremis-

mus, Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit erarbeitet. Leitziel dieses Konzepts ist die Vision einer heterogenen Stadtgesellschaft, in der diese Vielfalt als Bereicherung begriffen wird und in der Toleranz und Respekt im Umgang miteinander groß geschrieben werden. Das Konzept wurde am 29.04.2015 vom Stadtrat verabschiedet.⁹

Die Gesamtstrategie wird zudem ab Anfang 2016 einer auf zwei Jahre angelegten formativen Evaluation unterzogen, deren Ergebnisse anschließend auch im Stadtrat präsentiert werden.

2.10.4 Initiierung regelmäßiger Fach-Netzwerk-Treffen

Ein Koordinierungsgremium, in dem sich ca. viermal pro Jahr die kommunalen und zivilgesellschaftlichen Fachstellen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit austauschen, besteht seit März 2014. Die Organisation dieses Netzwerks ist Teil des Arbeitsauftrags der FgR zur Koordinierung und Stärkung des Münchner Netzwerks gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit.

Bei der Einrichtung dieser Fachtreffen handelt es sich um einen Schritt der „Professionalisierung“ des Netzwerks gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit. In diesem Netzwerk arbeiten Hauptberufler aus Verwaltung und Zivilgesellschaft vertrauensvoll zusammen, um Informationen, Erfahrungen und fachlichen Rat auszutauschen, sowie über wirksame Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit zu beraten. Damit soll auch eine Verzahnung des in den Initiativen und Fachstellen vorliegenden Expertenwissens und der Politikplanung in diesem Feld erreicht werden.

2.10.5 Beauftragte gegen Rechtsextremismus – Aktivitäten vor Ort

Nach der Kommunalwahl 2014 hat die Zahl der Beauftragten in den Bezirksausschüssen erfreulicherweise zugenommen. Mittlerweile gibt es in 24 von 25 BAs Beauftragte gegen Rechtsextremismus. Die Fachstelle initiiert regelmäßige Austauschtreffen, um die Vernetzung und die gegenseitige Unterstützung der Beauftragten über Bezirksgrenzen hinweg voranzubringen. Die Beauftragten erhalten von der Fachstelle die wichtigsten Informationen zum Thema, wenn gewünscht, stellt die Fachstelle im BA auch ihre Arbeit vor.

Die Arbeit der Beauftragten vor Ort ist vielfältig. Insbesondere im Zusammenhang mit dem letztlich gescheiterten Bürgerbegehren gegen das ZIE-M, in der Zusammenarbeit mit Betreibern von Gaststätten und aktuell im Hinblick auf die Flüchtlingssituation, haben Sie wesentlich zu einer friedlichen und toleranten Stadtgesellschaft beigetragen.

Noch verbesserungswürdig ist die Bekanntheit der Beauftragten vor Ort. Hierzu hat die Fachstelle zusammen mit den Beauftragten unter anderem einen Brief zur Vorstellung bei Vereinen oder Institutionen vor Ort entwickelt.

2.11. Erfahrungsaustausch des Deutschen Städtetages gegen Rechtsextremismus

Am 23.04.2014 führte der Deutsche Städtetag auf Anregung der Landeshauptstadt München für seine Mitgliedsstädte in Köln den ersten Erfahrungsaustausch zum Thema Rechtsextremismus und Rassismus durch. Dabei stellte die Fachstelle die Situation in München und die Aufgaben und Ziele der Fachstelle vor. Am Schluss des Treffens in Köln stand der Wunsch der Teilnehmer nach einer regelmäßigen Zu-

⁹ siehe dazu den Beschluss des Stadtrates unter <http://www.ris-muenchen.de/RII/RII/DOK/SITZUNGSVORLAGE/3644457.pdf>

sammenkunft der kommunalen Ansprechpartnerinnen bzw. Ansprechpartner zum Thema Rechtsextremismus und Rassismus.

Der Erfahrungsaustausch soll nunmehr einmal im Jahr stattfinden, 2015 fand der Erfahrungsaustausch am 15. Juni in Hannover mit knapp 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt. Thema dabei war unter anderem der Umgang mit PEGIDA und Co auf kommunaler Ebene.

2.12. Zusammenarbeit mit Polizeipräsidium München – regelmäßiger Austausch

Die Fachstelle tauscht sich regelmäßig mit dem Polizeipräsidium München über die aktuellen Entwicklungen im Bereich Rechtsextremismus aus. Über die Fachstelle wird auch der Kontakt zwischen dem Polizeipräsidium und den Beauftragten vor Ort in den Bezirken hergestellt.

3. FAZIT UND AUSBLICK

München hat mit seinem frühzeitigen und über die Jahre kontinuierlichem Engagement gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit eine Vorreiterrolle unter den deutschen Großstädten eingenommen. Ein Spezifikum des Münchner Engagements ist sicherlich, dass die Kommune hier über die Jahre in beträchtliche finanzielle Vorleistung gegangen ist, da in Bayern kein Landesprogramm und damit keine Fördermittel zum Thema existieren. Auch, dass das Thema in München Chefsache ist und die Fachstelle direkt dem Oberbürgermeister unterstellt ist, zeigt, wie wichtig die Landeshauptstadt dieses Thema nimmt. Eine Besonderheit des Münchner Ansatzes ist sicherlich, dass nicht nur der organisierte Rechtsextremismus in den Blick genommen wird, sondern darüber hinaus insbesondere sämtliche Ideologien der Ungleichwertigkeit, die unter den Begriff der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit fallen.

Insgesamt haben die bislang ergriffenen Maßnahmen dazu geführt, dass der organisierte Rechtsextremismus in München nur geringe Anknüpfungspunkte zur Entfaltung findet. Die Aktivitäten von Verwaltung und Zivilgesellschaft setzen einem Eindringen des Rechtsextremismus, Rassismus und der Abwertung von Menschen aufgrund von Hautfarbe, Herkunft, sexueller Orientierung etc. in die lokalen Diskurse immer wieder klare Grenzen.

München ist die Weltstadt mit Herz: Eine Stadt der Vielfalt, in der Menschen mit unterschiedlichen Lebensentwürfen und unterschiedlichen sozialen, kulturellen und religiösen Hintergründen ihre Heimat haben. In München gibt es ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl und eine ausgeprägte Toleranz.

Dennoch zeigt der vorliegende Bericht, dass Rechtsextremismus, Rassismus und damit verbundene Bereiche der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit äußerst aktuelle Phänomene sind.

Gerade im Hinblick auf Themen wie dem Umgang mit der steigenden Anzahl an Flüchtlingen, der zunehmenden Islamfeindlichkeit, dem Antisemitismus gilt es deshalb nicht nachzulassen, sondern weiterhin die Toleranz für und den Respekt gegenüber der Unterschiedlichkeit der Münchner Bürgerinnen und Bürger zu stärken, die Bedeutung demokratischer Grundprinzipien zu unterstreichen und eine an der Menschenwürde ausgerichtete Alltagspraxis des Zusammenlebens zu sichern.

II. Bekannt gegeben

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat / ea. Stadträtin

Dieter Reiter
Oberbürgermeister

**III. Abdruck von I. mit III.
über den Stenografischen Sitzungsdienst**

**an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an die Stadtkämmerei
an das Revisionsamt
z. K.**

IV. WV - Oberbürgermeister - FgR